

„Pegida“: Herausforderung für die politische Bildung

Von Hartmut Meine

Spätestens seit 9/11 wurden Menschen, die ihren muslimischen Glauben sichtbar leben, mit anderen Augen gesehen. Unwillkürlich stellen sich bei vielen Menschen Gedanken einer potentiellen terroristischen Gefahr ein. Nimmt ein einzelner selbsternannter IS-Kämpfer in einem Kaffee in Sydney Geiseln, werden insgeheim alle Muslime mit dieser Tat in Verbindung gebracht. Der Anschlag auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ hat dies sicherlich noch verstärkt. Umgekehrt gilt dies aber keinesfalls: Mit den NSU-Morden in Deutschland oder mit dem Anschlag des islamfeindlichen Anders Brevik in Norwegen im Juli 2014 wurden keinesfalls alle Deutschen bzw. alle Norweger und keinesfalls alle Christen in Verbindung gebracht.

So wird eine Stigmatisierung gegenüber Muslimen oder Migrantinnen und Migranten geschaffen, die das gesellschaftliche Klima vergiftet – nicht nur in Deutschland. In diesem Umfeld von Ressentiments haben es die „Pegida“-Organisatoren und deren Ableger einfach. So ist es offensichtlich möglich, beispielsweise in Dresden, eine Angst vor Überfremdung zu schüren, obwohl es in der Stadt kaum Migrantinnen und Migranten und noch weniger Muslime gibt. Anders ist es im „Morgenland“, wie in der Türkei, Jordanien oder Irak. In kürzester Zeit wurden dort mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Hierzulande ist man angeblich bereits mit knapp 200.000 Menschen überfordert, die bis Ende des letzten Jahres Asyl beantragt haben.

Was bringt die „Pegida“-Sympathisanten auf die Straße? Offensichtlich sind es nicht nur anti-islamische Vorurteile, sondern eine generelle Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, Verlustängste und Perspektivlosigkeit. Worüber soll mit ihnen diskutiert werden? Über ihre Ausgrenzungsparolen? Soll über Bedrohungen diskutiert werden, die fern der Realität sind? Das lehnt die IG Metall ab. Schließlich erwartet auch keiner, dass wir ernsthaft mit Islamisten über den Sinn einer Scharia-Polizei sprechen oder mit Nazis über deren Leugnung des Holocaust debattieren! Wenn es aber um die Unzufriedenheit mit politischen Realitäten geht, wie die Absenkung des Rentenniveaus, die Rente mit 67 oder die Steuerflucht von Reichen und Vermögenden, dann unterstützt die IG Metall einen öffentlichen Diskurs. Wenn über eine EU-Politik zu Lasten der Menschen im Süden der EU oder über die Aufstiegs- und Bildungschancen in Deutschland diskutiert werden soll, ist die IG Metall für einen öffentlichen Diskurs zur Veränderung der Verhältnisse. Demokratie und Sozialstaat gehören zusammen. Das erfordert aber ein kontinuierliches Engagement und ein gemeinsames Handeln, innerhalb der Gewerkschaften, der Nichtregierungs-Organisationen und der demokratischen Parteien.

Es ist ein politisches Versäumnis in Deutschland, dass insbesondere CDU-Regierungen es jahrzehntelang ablehnten, Deutschland als Einwanderungsland zu definieren. Obwohl



Hartmut Meine ist IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

seit Jahrzehnten Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern in Deutschland zu Hause sind und der Islam schon sehr lange zu unserem Land gehört, werden selbst die in Deutschland geborenen Kinder und Enkel von Migrantinnen und Migranten häufig als Ausländer bezeichnet, zumindest aber als solche wahrgenommen.

Wenn die Islamisierung des Abendlandes von „Pegida“ herbeigeredet wird und damit eine Glaubensgemeinschaft als Kernproblem ausgemacht wird, sollten wir in Deutschland besonders hellhörig sein. Gegen Stereotype, Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und „Pegida“-Parolen schützen langfristig nur Aufklärung und vor allem politische Bildung. Auch gut gemeinte Apelle und klare Verurteilungen der „Pegida“-Parolen durch die Kanzlerin reichen nicht aus, um dem völkischen Auftreten der „Pegida“-Organisatoren entgegenzutreten. Im Rahmen der politischen Bildung soll Zusammenhangswissen über gesellschaftliche Bedingungen und Entwicklungen vermittelt werden.

Es darf jedoch nicht nur um Aneignung von Wissen gehen, sondern vor allem um Wissen als Weg zur individuellen und kollektiven Selbstbestimmung und Emanzipation. Bildung als sozialer Prozess beruht auf Austausch und gegenseitiger Verständigung. Bildung ist somit eine Grundlage für die Ausbildung politischer Urteilsfähigkeit und der immer wieder erneuten Herstellung von Demokratie. Die IG Metall im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt setzt dies seit Jahren in ihrem regionalen Bildungsprogramm um und bietet gezielt gesellschaftspolitische Seminare für Betriebsräte, Vertrauensleute sowie Mitglieder an. So werden Veranstaltungen angeboten mit dem Titel „Was ist Demokratie“, „Arbeitswelt und Demokratie“, „Utopie denken – Realität verändern“ oder „Sozialstaat mit Zukunft“. Darüber hinaus muss die politische Bildung aber auch in den Schulen und in der Erwachsenenbildung einen größeren Stellenwert erhalten. Deshalb plädiere ich auch ganz entschieden für die Wiedereinführung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen. Der vielfach gescholtene Bildungsurlaub muss gestärkt werden und darf nicht länger von den Arbeitgebern diffamiert werden. In den durchgetakteten Master- und Bachelor-Studiengängen muss die politische Bildung ebenfalls einen festen Platz einnehmen. Eine Ausrichtung auf eine rein berufsorientierte Ausbildung reicht nicht aus. Das müssen auch die Arbeitgeber einsehen.

Eine Demokratie, die nicht von den Menschen getragen und aktiv gestaltet wird, ist letztendlich zum Scheitern verurteilt.